

Ein spannendes sozialpolitisches Jahr

Mit der ersten Ausgabe des „Bayerischen Ärzteblattes“ 2013 möchte ich mich bei all meinen Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen bedanken, das sie mir entgegengebracht haben. Vor mir, vor uns, stehen fünf aufregende und sicherlich auch anregende Jahre in der Sozial-, Gesundheits- und Berufspolitik – eine Herausforderung, der ich mich gerne stelle. Gratulieren darf ich meinen beiden Kollegen Heidemarie Lux und Wolfgang Rechl, die als 1. Vizepräsidentin wieder in ihrem Amt bestätigt bzw. erstmals zum 2. Vizepräsidenten gewählt wurden. Gratulieren darf ich ebenso allen wieder- und neu gewählten Vorstands- und Gremienmitgliedern.

Seit 1. Januar ist die Praxisgebühr Geschichte. Einerseits ist – aus Sicht der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) – der Wegfall der Gebühr grundsätzlich zu begrüßen. Andererseits kommt die ersatzlose Abschaffung einem völligen Verzicht auf jedwede Steuerungswirkung gleich, der angesichts der hierzulande bereits extrem hohen Arzt-Patient-Kontaktraten keine wirkliche Lösung im Sinne einer notwendigen ärztlichen Koordination ist. Hier müssen wir uns eine intelligente Lösung einfallen lassen. Als Erfolg, an dem die ärztliche Selbstverwaltung nicht ganz unbeteiligt war, können wir jedoch verbuchen, dass das Geld der Praxisgebühr – immerhin zwei Milliarden Euro jährlich – nicht einfach wegfällt, sondern voll aus dem Fonds an die Krankenkassen überwiesen wird und so hoffentlich voll für die Patientenversorgung zur Verfügung steht.

Die Koalition hat hinter das Vorhaben Patientenrechtegesetz, auf das sie sich in ihrem Koalitionsvertrag verständigt hatte und nach intensiver Diskussion, an der wir ebenfalls nicht unbeteiligt waren, einen Haken gesetzt. Der Bundestag hat ein Gesetz verabschiedet, das mehr Autonomie, Transparenz und Rechtssicherheit für Patienten bringen soll, was jedoch mit mehr Bürokratie verbunden ist, unter Umständen auch die Berufshaftpflichtprämie belastet, aber das vertrauensvolle Patient-Ärzt-Verhältnis nicht übermäßig strapaziert. Vom Tisch ist die Installierung einer generellen Beweislastumkehr – vorausgesetzt der Bundesrat stimmt zu.

Ein zweifellos spannendes sozialpolitisches Thema, das uns im Jahr der Bundestagswahlen und der Bayerischen Landtagswahlen beschäftigen wird, ist die Problematik Armut, Alter, Pflegebedürftigkeit und soziale Gerechtigkeit. Für uns Ärztinnen und Ärzte besteht hier ganz konkret die Pflicht aber auch die Chance, unsere Themen zu platzieren und eigene Antworten in der Sozialdiskussion zu geben, geht es um die Gerechtigkeitsfrage in der Patientenversorgung, in der Allokation von ärztlichen Leistungen, in den Anreizen im Gesundheitssystem, in den Rahmenbedingungen für unsere Berufsausübung, in der (innerärztlichen) Honorarverteilung oder in den Tarifverhandlungen. Die sozialen Themen könnten durchaus wahlrelevant sein – im Bund und in Bayern. Dies ist offenbar auch bei der Politik so angekommen, scheint doch die einseitige Fokussierung auf Wirtschaftskompetenz sowie Ökonomisierung/Industrialisierung politisch passé zu sein. Zudem sehen Demografen, wie kürzlich in der IGSF-Studie publiziert, die Zukunft des deutschen Sozialsystems ziemlich kritisch. Die Anforderungen an die Gesundheitsversorgung werden bereits ab 2020 quantitativ und qualitativ schnell ansteigen. Trotz der bis 2060 von 82 auf 65 Millionen abnehmenden Bevölkerungszahl werden die Leistungsanforderungen in allen Bereichen der Gesundheitsversorgung voraussichtlich noch mehr zunehmen, wobei es wohl zu einem stetig steigenden Bedarf an geriatrischen Leistungen kommen wird, die intensiv, komplex und damit teuer sind. Dagegen werden die Leistungen, die überwiegend Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene benötigen, eher zurückgehen. Schließlich wird ein immenser Handlungsbedarf in der Versorgung Pflegebedürftiger entstehen. Die Ausgaben werden steigen, Pflegekräfte und Pflegeheimplätze knapp werden.

Drängende Fragen bleiben für die Zukunft der ärztlichen Selbstverwaltung, wie etwa die Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ), was uns jedoch nicht davon abhält, bis Ende des nächsten Quartals eine belastbare GOÄ fertigzustellen und dem Bundesgesundheitsministerium zu präsentieren – mit oder ohne Privater

Krankenversicherung. Hier gehen die Verhandlungen derzeit eher im Schnecken-tempo voran.

Was im kommenden Jahr – auch in Bayern – bestehen wird, ist das ärztliche Nachwuchsproblem, was zur Thematik „Heilkundeübertragung“ auf andere Gesundheitsberufe weiterleitet. Dabei spielt auch die Qualität der Weiterbildung eine sehr sensible und zentrale Rolle, zu der wir als BLÄK den wesentlichen Part beitragen. Schließlich werden wir in der BLÄK die begonnenen Kammerprojekte fort- und unsere Serviceleistungen weiterentwickeln, insbesondere die Prozessgestaltung für den Gesamtbereich Weiterbildung.

Was bereits im vergangenen Jahr 2012 zu atmosphärischen Verstimmungen geführt hat, setzt sich leider auch am Jahresbeginn 2013 fort: die Skandalisierung und Diskreditierung unseres gesamten Berufsstandes durch die gesetzlichen Krankenkassen, was aktuell mit den Themen „Sanktionierung korrupten Verhaltens im Gesundheitswesen“ durch die Medienlandschaft zieht.

Wegweisend wird die Diskussion um die Zukunftsfestigkeit von Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung. Hier sind wir dabei, Lösungswege zu entwickeln, gilt es doch die Herausforderungen an das für das deutsche Gesundheitswesen prägende Selbstverwaltungs- und duale Krankenversicherungssystem gemeinsam mit der Politik und unseren Partnern zu meistern.

Dieses ambitionierte Programm werden wir zielstrebig angehen und nur durch Ihre konstruktive Mitarbeit, um die ich Sie nachdrücklich bitten möchte, bewältigen können.

Autor



Dr. Max Kaplan,
Präsident
der BLÄK